

**Amt der Tiroler Landesregierung**

Präs.Abt.II/EG-Referat-285/110

An das
Bundesministerium für
Arbeit und SozialesStubenring 1
1010 Wien

A-6010 Innsbruck, am 3. November 1992

Tel: 05 12 508. Durchwahl Klappe 151
FAX 05 12 508595

Sachbearbeiter Dr. Biechl

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

124	12
Datum: 24. Okt. 1992	
Verf. 1. Dez. 1992	

Betreff: Entwurf eines Beschäftigungssicherungsgesetzes;
Stellungnahme

Zu Zahl 34.401/6-3a/92 vom 8. Oktober 1992

Gegen den übersandten Entwurf eines Beschäftigungssicherungsgesetzes wird aus der Sicht der von der Landesregierung zu wahrenden Interessen kein Einwand erhoben. Es erscheint allerdings fraglich, ob die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen tatsächlich ausreichen, um das Problem der stetig steigenden Anzahl von älteren Arbeitslosen lösen und insbesondere die Wiederbeschäftigung dieser Arbeitslosen herbeiführen zu können.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

an das Büro des Föderalismusministers

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

Isachen